23.06.2026

Niederschrift über die Senatssitzung

(IV.1)

Herr Senator Grote trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2026/1520, betreffend

> Feststellung des Ergebnisses des Bürgerschaftsreferendums über eine Bewerbung des Deutschen Olympischen Sportbunds mit der Freien und Hansestadt Hamburg als Austragungsort um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2036, 2040 oder 2044,

vor.

Der Senat fasst folgenden Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass die zum Bürgerschaftsreferendum am 31. Mai 2026 zur Abstimmung gestellte Vorlage für die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele mit der Freien und Hansestadt Hamburg als Austragungsort nicht angenommen worden ist.

2. Die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft wird beschlossen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit
Dr. Eike Westermann

ToP IV.1
B

Referat für Senatsangelegenheiten
Eing.: 19. JUNI 2026

Berichterstattung:
Senator Grote
Staatsrat Holstein

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2026/01520
vom: 19.06.2026
für den Senat
am: 23.06.2026
IV

Feststellung des Ergebnisses des Bürgerschaftsreferendums über eine Bewerbung des Deutschen Olympischen Sportbunds mit der Freien und Hansestadt Hamburg als Austragungsort um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2036, 2040 oder 2044

A. Zielsetzung

Feststellung des Ergebnisses des Bürgerschaftsreferendums vom 31. Mai 2026 zu der Frage, ob befürwortet wird, dass sich der Deutsche Olympische Sportbund mit der Freien und Hansestadt Hamburg als Austragungsort um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2036, 2040 oder 2044 bewirbt.

B. Lösung

Der Senat stellt nach § 25 I Absatz 3 Satz 1 i.V.m. § 23 Absatz 6 Volksabstimmungsgesetz das Ergebnis des Bürgerschaftsreferendums vom 31. Mai 2026 fest. Nach dem Abstimmungstag wurden die vorläufigen Auszählungsergebnisse der Abstimmungs- und Briefabstimmungsvorstände von den Bezirksabstimmungsleitungen überprüft und dem Landesabstimmungsleiter über das Ergebnis ihrer Prüfung berichtet. Der Landesabstimmungsleiter hat die Berichte geprüft. Auf dieser Grundlage wird das endgültige Ergebnis festgestellt: Die zur Abstimmung gestellte Vorlage zum Bürgerschaftsreferendum hat mit 292.705 Ja-Stimmen das Zustimmungsquorum in Höhe von 262.609 Ja-Stimmen erreicht. Es wurden jedoch mit 358.861 mehr Nein-Stimmen abgegeben. Damit wurde die Vorlage nicht angenommen.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Die formale Ergebnisfeststellung selbst hat keine Auswirkungen auf den Haushalt.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Vollzugsaufwand

Entfällt.

G. Auswirkungen auf:

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz/Klimaanpassung
- ☐ Inklusion
- ☐ Gleichstellung
- ☐ Wohnungsbauziele

H. Notifizierung nach EU-Recht

Keine.

I. Vorwegüberweisung

Keine.

J. Alternativen

Keine.

K. Anlagen

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft